

Begrenzt verantwortlich?

Sozialethische Positionen
in der Flüchtlingskrise

M. HEIMBACH-STEINS (Hg.)



HERDER

Begrenzt verantwortlich?

THEOLOGIE KONTROVERS »

Begrenzt verantwortlich?

Sozialethische Positionen in der Flüchtlingskrise

*Herausgegeben von
Marianne Heimbach-Steins*

HERDER

FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2016
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de
Umschlagkonzeption: Finken und Bumiller, Stuttgart
Umschlaggestaltung: Verlag Herder
Umschlagmotiv: © Antonella Nusca/Sintesi, kna-bild
Satz und PDF-E-Book: dtp studio eckart | Jörg Eckart

ISBN (Buch) 978-3-451-37668-9
ISBN (E-Book) 978-3-451-81668-0

Inhalt

Einleitung	7
<i>Marianne Heimbach-Steins</i>	
Deutschland, Europa und die globale Flüchtlingsfrage: die Geschichte der Gegenwart	12
<i>Jochen Oltmer</i>	
Flüchtlingspolitik als Sprachpolitik	24
Was Frames und Metaphern über Wahrnehmung, Denken und den Umgang mit Menschen sagen	
<i>Beatrice Dernbach</i>	
Verrohung der Debatte?	39
Hassrede im Kontext des Flüchtlingszuzugs nach Deutschland in den Sozialen Medien	
<i>Alexander Filipović</i>	
Brauchen wir eine „Theologie der Migration“?	51
<i>Walter Lesch</i>	
Gesinnungs- und Verantwortungsethik in der Flüchtlingspolitik	66
<i>Ulrich H. J. Körtner</i>	
Grenzen der Übersetzbarkeit	82
Biblisches Fremdenethos und die modernen Herausforderungen der Migration	
<i>Rainer Kessler</i>	
Menschheitsfamilie und globales Gemeinwohl – mehr als schöne Worte?	94
Migrationsethische Kriterien	
<i>Marianne Heimbach-Steins</i>	

Schutzansprüche der Flüchtlinge vs. Interessen der Aufnahmegesellschaft – eine schlechte Alternative	108
<i>Markus Babo</i>	
„Steuerung und Begrenzung“?	122
Warum sich liberale Rechtsstaaten schwertun, Migration zu regulieren	
<i>Stefan Luft</i>	
Zwischen Verantwortung und Versagen	134
Die gemeinsame Asyl- und Zuwanderungspolitik der Europäischen Union	
<i>Christof Mandry</i>	
Risse im europäischen Haus?	146
Eine sozialetische Begehung angesichts aktueller Konflikte um Flüchtlingsaufnahme und Grenzpolitiken	
<i>Petr Štica</i>	
Flüchtlingskrise, Globalisierung und Verantwortung	160
<i>Johannes Wallacher/Alexander Heindl</i>	
Europas Verantwortung für die Entstehung von Grundkonflikten in Afrika und der arabischen Welt	174
<i>Heinz-Gerhard Justenhoven</i>	
Fluchtursache Perspektivlosigkeit	191
Über die Folgen unfairer internationaler Handels- und Investitionsregeln	
<i>Brigitta Herrmann</i>	
Die Autor/inn/en	207

Einleitung

Marianne Heimbach-Steins

Flucht und Migration fordern Politik und Gesellschaften in den Staaten der Europäischen Union aktuell in einem Maße heraus, wie es seit der politischen Wende 1989/90 nicht der Fall war. In den letzten Jahren ist die Zuwanderung von Flüchtlingen aus Bürgerkriegs- und Kriegsgebieten enorm angestiegen, zugleich kommen aber auch zahlreiche Migrantinnen und Migranten aus Weltregionen, in denen Armut, ökologische Auszehrung und Perspektivlosigkeit die Menschen dazu treiben, ihre Heimat zu verlassen. Diese Entwicklungen stellen die europäischen Zielländer vor große rechtliche und politische, ökonomische und kulturelle Herausforderungen und offenbaren darin zugleich politische Versäumnisse der Vergangenheit – auf der nationalen wie auf der europapolitischen und internationalen Ebene.

Die Debatte in der medialen Öffentlichkeit, in der Politik und in weiten Kreisen der gesellschaftlichen Verantwortungsträger spiegelt einerseits die Komplexität der anstehenden Fragen, andererseits aber auch die Sehnsucht nach raschen und einfachen Lösungen, die es realistischerweise nicht geben kann. Die Spannung entlädt sich in einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaften, in der Rückkehr überwunden geglaubter Nationalismen, in einer Verrohung der öffentlichen Debatte und in zunehmender Gewaltbereitschaft. Eine differenzierte gesellschaftspolitische und -ethische Auseinandersetzung tut not. Die religiösen Akteure der Gesellschaft, Kirchen und Religionsge-

meinschaften, sowie die Theologien können nicht nur dazu einen Beitrag leisten, sondern es gehört zu ihrer genuinen Verantwortung, dies zu tun. Umso mehr muss es zu denken geben, dass mahnende Stimmen und kritische Diskussionsbeiträge, gerade auch aus den Kirchen und Theologien, die über den Status quo der Realpolitik hinausdenken, nicht selten als idealistisch, romantisch oder als Ausdruck bloßer „Gesinnungsethik“ abgewehrt werden – manchmal sogar aus den eigenen Reihen.

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes tragen viestimmig zur Diskussion um Reichweite, Gegenstand und Akteure der Verantwortung in der Flucht- und Migrationspolitik bei. Christlich sozialetische Perspektiven werden durch zeithistorische, politikwissenschaftliche und kommunikationswissenschaftliche Blicke auf die Situation ergänzt und herausgefordert. Das verbindende Ziel der verschiedenen Stimmen und Perspektiven ist es, Antworten auf die umstrittenen Fragen nach Zuständigkeiten und Verantwortung in der gesellschaftlichen und politischen Krise um Flucht und Migration zu entwickeln. Thematische Schwerpunkte sind das Verhältnis von Gesinnungs- und Verantwortungsethik, die Argumentation für oder gegen Obergrenzen, die Erörterung von Kriterien einer Zuwanderungspolitik zwischen menschenrechtlichen Ansprüchen und partikularen Interessen, die Wahrnehmung und Zuschreibung von Zuständigkeiten für den Schutz der Flüchtlinge und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, die Reichweite der politischen und moralischen Verantwortung – etwa in der Verhältnisbestimmung von Flüchtlings- und Migrationspolitik in Europa und der Bekämpfung von Fluchtursachen – und die Anforderungen internationaler Solidarität.¹

Dem Anspruch der Reihe „Theologie kontrovers“ entsprechen die Beiträge des Bandes zum einen, indem die *gesell-*

schaftliche Kontroverse über die politische Krise um Migration als Thema theologischer Reflexion aufgegriffen und im Verstehensrahmen einer in der christlichen Tradition verwurzelten, global denkenden Ethik gedeutet wird. Dies bedingt zum anderen, dass divergierende *wissenschaftliche* Herangehensweisen und strittige Positionen darüber, wie und mit welchen Argumenten die migrationsethische Verantwortung und ihre Reichweite konzeptualisiert werden sollen, miteinander konfrontiert werden.

An eine zeitgeschichtliche Kontextualisierung der aktuellen Herausforderungen von Flucht und Migration (Jochen Oltmer) schließen zwei Beiträge zur Beobachtung und Kritik der öffentlichen Auseinandersetzung, ihrer Sprachmuster und der darin ansichtig werdenden Haltungen an (Beatrice Dernbach; Alexander Filipović). Darauf folgt eine Reihe von Beiträgen, die theologische Quellen und sozial-ethische Argumentationsmuster der Debatte aufgreifen und problematisieren. Grundlegend für die Wahrnehmung der kirchlichen und gesellschaftlichen Diskussion ist dabei die folgende Einsicht: Theologische Einsprache (sei es durch wissenschaftliche Stimmen oder durch Vertreter/innen der Kirchen) irritiert politische Positionierungen, auch von Christen, und wird vielfach zum Ärgernis – schon dadurch, dass sie selbst zu einer politischen Frage Position bezieht. Damit durchkreuzt sie die übliche Erwartung an die Religion als „Seelentrösterin“ und fordert wiederum persönlich zu vertretende Stellungnahmen zu einer schwierigen Situation heraus (Walter Lesch).

Der Sache nach kontrovers wird zum Beispiel die theologische Frage diskutiert, ob das Inspirations- und Orientierungspotential aus dem biblischen Fremdenethos über individuelle ethische Impulse (Ulrich H. J. Körtner) hinaus auch für die gesellschaftlich-politische Bearbeitung der Flüchtlingsproblematik relevant sein kann (Rainer Kessler). Da-

mit zusammenhängend wird auch die Spannung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik nicht nur in Nuancen verschieden, sondern durchaus gegensätzlich konzeptualisiert: Auf der einen Seite lassen sich sowohl in der gesellschaftlichen als auch in der wissenschaftlichen Debatte Tendenzen beobachten, beide Dimensionen gegeneinander in Stellung zu bringen, einen gesellschaftspolitisch weiterführenden Beitrag allein von einer „verantwortungsethischen“ Position zu erwarten und als „gesinnungsethisch“ eingestufte Wortmeldungen (u. a. von Kirchenvertretern) als „Gutmenschentum“ abzuwerten. Demgegenüber muss aber nach den ethisch tragenden Orientierungen gefragt werden, die das konkret lösungsorientierte gesellschaftliche und politische Handeln fundieren, diese müssen mit den notwendigen Abwägungsprozessen zwischen den ethisch herausfordernden humanen Zielen und dem politisch Durchsetzbaren in Beziehung gesetzt und damit der vermeintlichen Opposition von Gesinnung und Verantwortung widersprochen werden (Marianne Heimbach-Steins).

Kontrovers werden weiterhin die Verhältnisbestimmung zwischen Schutzansprüchen der Flüchtlinge und Interessen der Aufnahmegesellschaft sowie die Steuerungspotentiale der aufnehmenden Gesellschaften durch Einwanderungspolitik diskutiert (Markus Babo; Stefan Luft). Diese Spur wird weitergeführt in den sozialetischen Erörterungen zu bisherigen Weichenstellungen der europäischen Asyl- und Migrationspolitik (Christof Mandry) und zu Stellenwert und Chancen europäischer und globaler Solidarität, mit einem kritischen Blick auf das Verhältnis von Ost- und Westeuropa (Petr Štica), wodurch manche in der deutschen Diskussion vielleicht zu selbstverständlich vertretene Einschätzungen einer kritischen Revision unterzogen werden.

Die letzten drei Beiträge beleuchten schließlich die Reichweite und die Tiefe der politischen und gesellschaftlichen

Verantwortung in Europa sowie zwischen Europa und den außereuropäischen Herkunftsländern der Geflüchteten. Auf eine grundlegende Erörterung des Zusammenhangs von Globalisierung und Verantwortung, der Gründe für globale Solidarität und für den Maßstab des Weltgemeinwohls (Johannes Wallacher und Alexander Heindl) folgt ein kritischer Blick auf die Verantwortung europäischer Staaten, die als (ehemalige) Kolonialmächte und Machtfaktoren die Strukturmuster heutiger Gewaltkonflikte, aufgrund deren Menschen vor Kriegen, Bürgerkriegen und Völkermord fliehen müssen, wesentlich geprägt haben und prägen (Heinz-Gerhard Justenhoven). Der abschließende Beitrag unterzieht die Folgen unfairer internationaler Handels- und Investitionsregeln, in die nicht zuletzt die deutsche Politik verstrickt ist, einer fundamentalen sozialemischen Kritik (Brigitta Herrmann).

Das Panorama von Perspektiven und Kontroversen, das die Beiträge des Bandes skizzieren, soll dazu beitragen, in die notwendigen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussionen sozialemisch fundierte Positionen einzutragen und die Fragen um den Flüchtlingsschutz, um die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen der Zuwanderung und die Verantwortung der Politik, der Zivilgesellschaft und der Kirchen engagiert und ehrlich zu führen.

Anmerkungen

- ¹ Komplementär zu den Fragen um Flucht und Migration, die in diesem Band besprochen werden, wird in Kürze ein weiterer Band erscheinen, der die Herausforderungen der gesellschaftlichen Integration angesichts der Zuwanderung aufgreift.

Deutschland, Europa und die globale Flüchtlingsfrage: die Geschichte der Gegenwart

Jochen Oltmer

Der Themenkomplex „Flucht“ beherrschte im Jahr 2015 die politischen, medialen und gesellschaftlichen Diskussionen in Deutschland und Europa. Während in der Bundesrepublik lange positive Zukunftserwartungen und Zuversicht dominierten, schwenkte die Perspektive seit Herbst 2015 auf die Abwehr von Flüchtlingen um. Manche der Institutionen, Instrumentarien und Konzepte der Flüchtlingspolitik erwiesen sich als überfordert gegenüber den Herausforderungen seit Jahresbeginn 2015. Intensiv und weit ausgreifend wird auch über das Jahr 2015 hinaus auf europäischer, nationaler, föderaler und kommunaler Ebene debattiert, ob und inwieweit sich die flüchtlingspolitischen Maßnahmen mit demokratischen Grundwerten und Zielvorstellungen vereinbaren lassen. Die Beobachtung der aktuellen Situation ruft nach einer Einordnung in den Kontext der globalen Flüchtlingsfrage und in das Gewaltmigrationsgeschehen des 20. Jahrhunderts. Zugleich gilt es, den Wandel von Politik und Praxis der Aufnahme jener Menschen in den Blick zu nehmen, die vor Gewalt ausgewichen waren und andernorts um Schutz nachsuchten.

1. Was ist Gewaltmigration?

Migrationen sind räumliche Bewegungen von Menschen. Jedoch wird keineswegs jede dieser Bewegungen als Mi-

gration verstanden, wie etwa touristische Unternehmungen bzw. Reisen oder das tägliche Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort. Gemeint sind vielmehr jene Formen regionaler Mobilität, die weitreichende Konsequenzen für die Lebensverläufe der Wandernden haben und aus denen sozialer Wandel resultiert.¹ Migrantinnen und Migranten streben in der Regel danach, ihre Handlungsmacht durch einen dauerhaften oder temporären Aufenthalt andernorts zu vergrößern. Das gilt für die Suche nach Erwerbs- oder Bildungschancen ebenso wie für das Streben nach Autonomie, Sicherheit oder die Wahrung bzw. Umsetzung spezifischer Selbstkonzepte.

Formen von Gewaltmigration lassen sich dann ausmachen, wenn staatliche, halb-, quasi- und zum Teil auch nichtstaatliche Akteure (Über-)Lebensmöglichkeiten und körperliche Unversehrtheit, Rechte und Freiheit, politische Partizipationschancen, Souveränität und Sicherheit von Einzelnen oder Kollektiven so weitreichend beschränken, dass diese sich zum Verlassen ihrer Herkunftsorte gezwungen sehen. Gewaltmigration kann dann als eine Nötigung zur Abwanderung verstanden werden, die keine realistische Handlungsalternative zuzulassen scheint. Der Begriff der Flucht verweist dabei auf das Ausweichen vor Gewalt, die zumeist aus politischen, ethno-nationalen, rassistischen, genderspezifischen oder religiösen Gründen ausgeübt oder angedroht wird. Im Falle von Vertreibungen, Umsiedlungen oder Deportationen organisieren und legitimieren institutionelle Akteure unter Androhung und Anwendung von Gewalt räumliche Bewegungen. Ziel ist es hierbei zumeist, Zwangsarbeitskräfte zu gewinnen oder (Teile von) Bevölkerungen zur Durchsetzung von Homogenitätsvorstellungen oder zur Sicherung bzw. Stabilisierung von Herrschaft zu entfernen, nicht selten aus eroberten oder durch Gewalt erworbenen Territorien.

Gewaltmigration ist meist Ergebnis von Krieg, Bürgerkrieg, Zerfall staatlicher Ordnungen oder Maßnahmen autoritärer Systeme – vor allem die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts sowie der „Kalte Krieg“ bildeten elementare Katalysatoren in der Geschichte der Gewaltmigration in der Neuzeit. Die Zahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und Deportierten allein im Europa des Zweiten Weltkriegs wird auf 60 Millionen geschätzt und damit auf mehr als 10 Prozent der Bevölkerung des Kontinents.² Die Nachkriegszeit beider Weltkriege war zudem durch millionenfache Folgewanderungen gekennzeichnet. Dazu zählten zum einen Rückwanderungen von Flüchtlingen, Evakuierten, Vertriebenen, Deportierten oder Kriegsgefangenen, zum andern Ausweisungen, Vertreibungen oder Fluchtbewegungen von Minderheiten aufgrund der Bestrebungen von Siegerstaaten, die Bevölkerung ihres (zum Teil neu gewonnenen) Territoriums zu homogenisieren. Aber auch der langwährende und weitreichende Prozess der Dekolonisation brachte insbesondere von den späten 1940er- bis zu den frühen 1970er-Jahren weltweit umfangreiche Fluchtbewegungen und Vertreibungen mit sich.³

Auch nach dem Abschluss des Prozesses der Dekolonisation und nach dem Ende des „Kalten Krieges“ blieb im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert die globale Flüchtlingsfrage im Kontext der Szenarien von Krieg, Bürgerkrieg und Staatszerfall in vielen Teilen der Welt bestehen – in Europa (Jugoslawien), im Nahen Osten (Libanon, Iran, Irak, Syrien, Jemen), in Ostafrika (Äthiopien, Somalia, Sudan/Südsudan), in Westafrika (Kongo, Elfenbeinküste, Mali, Nigeria), in Südasien (Afghanistan, Sri Lanka) oder auch in Lateinamerika (Kolumbien).

2. Die Aushandlung des Schutzes von Flüchtlingen

„Flüchtlinge“ sind laut der 1951 verabschiedeten Genfer Flüchtlingskonvention jene Migrantinnen und Migranten, die vor Gewalt über Staatsgrenzen ausweichen, weil ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit, Freiheit und Rechte direkt oder sicher erwartbar bedroht sind. Die von inzwischen 145 Staaten unterzeichnete Genfer Flüchtlingskonvention wurde entwickelt, um einen Rechtsrahmen für den Umgang mit der europäischen Flüchtlingsfrage des Zweiten Weltkriegs zu finden. Sie war deshalb zunächst weder auf globale Fluchtbewegungen noch auf die Zukunft ausgerichtet.⁴ Eine Erweiterung der Konvention über europäische Flüchtlinge und über Fluchtbewegungen nach 1949 erfolgte erst 1967 im Kontext der weitreichenden Kämpfe um die Ablösung der europäischen Kolonialherrschaft. Das heißt: Europa bildete im 20. Jahrhundert lange das Hauptproblem der globalen Flüchtlingsfrage – Europa als Kriegsschauplatz und Europa als Träger eines weltumspannenden Kolonialismus.

Trotz der Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention und trotz der Etablierung regionaler Schutzregime, wie sie etwa auch in der Europäischen Union entwickelt wurden, entscheiden weiterhin Staaten mit weiten Ermessensspielräumen über die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten und den Status jener, die als schutzberechtigte Flüchtlinge anerkannt werden. Die Bereitschaft, Schutz zu gewähren, bildet dabei immer ein Ergebnis vielschichtiger Prozesse des Aushandelns durch Individuen, Kollektive und (staatliche) Institutionen, deren Beziehungen, Interessen, Kategorisierungen und Praktiken sich stets verändern. Mit der permanenten Transformation der politischen, publizistischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Wahrnehmung von Migration verbindet sich ein Wandel im Blick auf

die Frage, wer unter welchen Umständen als Flüchtling verstanden und wem in welchem Ausmaß und mit welcher Dauer Schutz oder Asyl zugebilligt wird.⁵

3. Muster globaler Fluchtbewegungen

Flucht ist selten ein linearer Prozess, vielmehr bewegen sich Flüchtlinge meist in Etappen: Häufig lässt sich zunächst ein überstürztes Ausweichen an einen anderen, als sicher erscheinenden Zufluchtsort in der unmittelbaren Nähe ausmachen, dann die Weiterwanderung zu Verwandten und Bekannten in einer benachbarten Region bzw. einem Nachbarstaat oder das Aufsuchen eines informellen oder regulären Lagers. Muster von (mehrfacher) Rückkehr und erneuter Flucht finden sich ebenfalls oft. Hintergründe können dabei nicht nur die Dynamik der sich stets verändernden und verschiebenden Konfliktlinien sein, sondern auch die Schwierigkeit, an einem Fluchttort Sicherheit oder Erwerbs- bzw. Versorgungsmöglichkeiten zu finden. Häufig müssen sich Menschen auf Dauer oder auf längere Sicht auf die (prekäre) Existenz als Flüchtling einrichten. Flucht ist vor dem Hintergrund nicht selten extrem beschränkter Handlungsmacht der Betroffenen oft durch Immobilisierung gekennzeichnet: vor Grenzen oder unüberwindlichen natürlichen Hindernissen, infolge des Mangels an (finanziellen) Ressourcen, aufgrund von migrationspolitischen Maßnahmen oder wegen fehlender Netzwerke. Daher rührt auch das Phänomen der Verstetigung von Lagern mit der Folge einer „Camp-Urbanisierung“ und der Entwicklung von „Camp-Cities“ mit zum Teil Großstadtcharakter.

Die Zahl der vom Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) für die vergangenen Jahrzehnte ermittelten Flüchtlinge schwankt zwar, allerdings in relativ geringem Maße. Ausmachen lassen sich für die Zeit nach

dem Ende des „Kalten Krieges“ zwei Hochphasen im globalen Fluchtgeschehen: die frühen 1990er-Jahre und die Mitte der 2010er-Jahre. Zwischen 1990 und 1994 lagen die Flüchtlingszahlen zwischen einem Höchststand von 20,5 Millionen 1992 und einem Tiefststand von 18,7 Millionen 1994. Ähnlich hohe Werte wurden Mitte der 2010er-Jahre wieder erreicht: 19,5 Millionen 2014 und 21,3 Millionen Ende 2015. Zwischen diesen beiden Hochphasen ergaben sich geringere Flüchtlingszahlen, sie lagen im Zeitraum 1997–2012 zwischen einem Höchstwert von 15,9 Millionen 2007 und der niedrigsten Zahl mit 13,5 Millionen 2004. Wesentlich stärker als die Zahl der Flüchtlinge veränderte sich jene der „Binnenvertriebenen“, Menschen, die vor Gewalt innerhalb ihres Herkunftsstaates auswichen, also keine Grenzen überschritten. Auch bei den Binnenvertriebenen lässt sich ein Schwerpunkt Anfang der 1990er-Jahre ausmachen, 1994 zählte der UNHCR 28 Millionen. Während die Zahl der Flüchtlinge seit Anfang der 2000er-Jahre allerdings ein Tief erreichte, steigt jene der Binnenvertriebenen seither mehr oder minder kontinuierlich an, von 21,2 Millionen im Jahr 2000 bis auf 40,8 Millionen 2015.⁶

Größere Fluchtdistanzen sind selten, weil erstens finanzielle Mittel dafür fehlen und zweitens Transit- bzw. Zieländer die Migration behindern. Hinzu tritt drittens das häufig zu beobachtende Streben nach einer raschen Rückkehr. Angesichts dieser drei Faktoren suchen Flüchtlinge in aller Regel Sicherheit in der Nähe der überwiegend im globalen Süden liegenden Herkunftsregionen: 95 Prozent aller afghanischen Flüchtlinge (2015: 2,6 Millionen) leben in den Nachbarländern Pakistan oder Iran. Ähnliches gilt für Syrien, das sich seit 2011 im Bürgerkrieg befindet: Der Großteil der syrischen Flüchtlinge, rund 4,8 Millionen, sind in die Nachbarländer Türkei (2016: 2,7 Millionen), Jordanien (640.000), Irak (246.000) und Libanon (1,1 Millionen) aus-

gewichen. Mit 7,6 Millionen lag dabei die Zahl der Menschen, die vor Gewalt innerhalb Syriens flohen und zu Binnenvertriebenen wurden, sogar noch deutlich höher. Angesichts solcher Angaben überrascht es nicht, dass Staaten des globalen Südens 2015 nicht weniger als 86 Prozent aller weltweit registrierten Flüchtlinge und 99 Prozent aller Binnenvertriebenen beherbergten – mit seit Jahren steigender Tendenz im Vergleich zum Gewicht des globalen Nordens, hatte doch der Anteil der ärmeren Länder in Bezug auf die Flüchtlinge weltweit 2003 lediglich bei 70 Prozent gelegen. Vornehmlich der globale Süden ist also von der Zunahme der weltweiten Zahl der Flüchtlinge seit Anfang der 2010er-Jahre betroffen.

4. Warum ist die Bundesrepublik Deutschland 2015 zum Ziel von globalen Fluchtbewegungen geworden?

Obleich vornehmlich (und verstärkt) der globale Süden Ziel der Fluchtbewegungen der Welt ist, lässt sich zugleich beobachten, dass insbesondere die Bundesrepublik Deutschland seit 2012 und vor allem im Jahr 2015 deutlich vermehrt Ziel globaler Fluchtbewegungen geworden ist. Warum? Sechs Elemente eines komplexen Zusammenhangs seien hier skizziert.⁷ Die Reihenfolge der Argumente repräsentiert keine Hierarchie, alle genannten Faktoren stehen in einem unmittelbaren Wechselverhältnis zueinander und verstärken sich gegenseitig:

1. Finanzielle Mittel: Unzählige Studien belegen, dass Armut die Bewegungsfähigkeit massiv einschränkt, ein Großteil der Menschheit kann sich eine Migration über weite Distanzen nicht leisten.⁸ 2015 aber lagen wichtige Herkunftsländer von Asylsuchenden in der EU in relativer geographischer Nähe (Syrien, Irak, Südosteuropa). Die Kosten für das Unternehmen Flucht von dort hielten sich mithin

in Grenzen – zumindest im Vergleich zu Bewegungen aus anderen globalen Konfliktherden etwa in West- oder Ostafrika, Südasien oder Lateinamerika, die selten Europa erreichen. Hinzu trat, dass mit der Türkei auch das wichtigste Erstziel des Großteils syrischer Flüchtlinge unmittelbar an EU-Länder grenzt – und zugleich vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahl im Land, eines prekären Aufenthaltsstatus und sehr beschränkter Möglichkeiten des Zugangs zu Bildung und zum regulären Arbeitsmarkt nur geringe Zukunftsperspektiven bot.

2. Netzwerke: Migration findet vornehmlich in Netzwerken statt, die durch Verwandtschaft und Bekanntschaft konstituiert sind. Deutschland war 2015 auch deshalb zum wichtigsten europäischen Ziel von Asylsuchenden geworden, weil es hier seit längerem recht umfangreiche Herkunftskollektive gab, die für Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg und Maßnahmen autoritärer Systeme auswichen, eine zentrale Anlaufstation bildeten. Das galt nicht nur für Syrer, sondern auch für Iraker, Afghanen, Eritreer und Südosteuropäer. Und weil migrantische Netzwerke die Wahrscheinlichkeit für weitere Migration erhöhen, hat die Zuwanderung von Asylsuchenden in die Bundesrepublik die 2015 zu beobachtende Dynamik gewonnen.

3. Aufnahmeperspektiven: In den frühen 2010er-Jahren und bis weit in das Jahr 2015 hinein ließ sich eine relativ große Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland beobachten. Verantwortlich dafür war eine vor dem Hintergrund der günstigen Situation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt positive Zukunftserwartung in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Die seit Jahren laufende breite und wirkungsmächtige Diskussion um Fachkräftemangel und demographische Veränderungen führte ebenso zu einer Öffnung wie die Akzeptanz menschenrechtlicher Standards und die Anerkennung des Erfor-

dernisses des Schutzes vornehmlich syrischer Flüchtlinge, aus der auch eine große Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement resultierte.

4. Aufhebung von Migrationsbarrieren: Seit den 1990er-Jahren hat die EU ein System zur Abwehr von Fluchtbewegungen aufgebaut. Eine vielgestaltige europäische migrationspolitische Zusammenarbeit mit Staaten wie Libyen, Ägypten, Tunesien, Marokko, Albanien oder der Ukraine verhinderte seither weitgehend, dass Flüchtlinge die Grenzen der EU erreichen und um Asyl nachsuchen konnten.⁹ Diese EU-Vorfeldsicherung ist aufgrund der Destabilisierung diverser Staaten am Rand der EU (unter anderem im Kontext des „Arabischen Frühlings“, aber auch des Ukraine-Konflikts) zusammengebrochen. Der Zerfall der politischen Systeme war eng verbunden mit den tiefgreifenden Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007/08, die gesellschaftliche Konflikte in zahlreichen EU-Anrainerstaaten verschärfte, staatliche Handlungsmöglichkeiten beschnitt sowie Bereitschaft und Reichweite einer Zusammenarbeit mit der EU minimierte.

5. Auflösung des „Dublin-Systems“: Die Weltwirtschaftskrise wirkte nicht nur auf den äußeren Ring der Vorfeldsicherung gegen Flüchtlingszuwanderung jenseits der Grenzen der EU, sondern auch in den inneren Ring hinein. Das seit den frühen 1990er-Jahren entwickelte „Dublin-System“ diente der bewussten Abschließung der EU-Kernstaaten und insbesondere Deutschlands gegen weltweite Fluchtbewegungen, indem es die Verantwortung für die Durchführung eines Asylverfahrens jenen Staaten überließ, in die Flüchtlinge einreisten.¹⁰ Das konnten nur Staaten an der EU-Außengrenze sein. Lange funktionierte das System, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Zahl der Flüchtlinge, die europäische Grenzen erreichten, seit Mitte der 1990er-Jahre relativ niedrig lag. Aufgrund der Finanz- und Wirt-